



ERFAHRUNG *SCHAFFT ZUKUNFT*

**LANDESVORSTAND SPD 60 PLUS
BADEN-WÜRTTEMBERG**

STAND 2018/2019



INHALT

NACH AUTOREN GEORDNET



Erfahrung schafft Zukunft 4.0.....	6
Grußwort von Leni Breymaier.....	8
Straßenaktionen.....	10
Angebote der Landtagsfraktion.....	12
Warum die SPD-Landtagsfraktion gut ist für Baden-Württemberg	12
Lothar Binding	
Mehr Gerechtigkeit bei Steuern und Finanzen.....	14
Siegwart Brenner	
Klima – Umwelt – Natur	15
Wald ist mehr als die Ansammlung von Bäumen	16
Führung im Freilichtmuseum Wackershofen: Die Geschichte eines alten Försterhauses	16
Wolfgang Ebsen	
Soziale Gerechtigkeit und unternehmerische Verantwortung	24
Soziale Gerechtigkeit – In Würde altern edürfen.....	25
Marga Elser	
Entwicklungszusammenarbeit und Migration.....	17
Roland Helber	
Kontaktpflege zum Landesseniorenrat und seinen Mitgliedsverbänden.....	17
Renate Knauss	
Kommunalpolitik für die junge und die ältere Generation.....	19
Hans Lambacher	
Zukunftsfragen – Ausbildung und Beschäftigung	19
Angela Madaus	
Erwachsenenbildung: Sprachkurse für Migranten und Flüchtlinge.....	20
Renate Merten	
Vorsorgevollmacht	27
Führung im Museum in Neuried-Altenheim.....	27

Impressum

Landesvorstand SPD 60 plus Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

Layout und Satz: Nadine Strauß, Heidelberg

Bildnachweis: Norbert Theobald, Sven Teschke, fotolia.de, colourbox.de

Heinz Prager	
Partei im Wandel.....	26
Rose Riedl	
Ländlicher Raum – Gedanken eines Mitglieds der AG 60 plus.....	20
Hansjörg Seeh	
Sozialstaat.....	21
Gesundheitspolitik.....	21
Pflegeversicherung.....	21
Leben und Wohnen im Alter.....	21
Die AWO – der Wohlfahrtverband mit sozialdemokratischen Wurzeln.....	22
Besichtigung von AWO-Einrichtungen.....	22
Bernd Sevecke	
Inklusion und bürokratische Hürden.....	22
Peter Steinhilber	
Generationengerechtigkeit, Rente, Pflege.....	23
Gesundheit und Bürgerversicherung.....	23
Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit.....	23
Die Erneuerung unserer Partei.....	23
Historie.....	23
Norbert Theobald	
Bildungsallianz der SPD – Bildung für alle!.....	25
Konstanze Wegner	
Geschichte der SPD: Licht und Schatten.....	27
Überlegungen zur aktuellen Situation der SPD.....	27
Politik für Ältere.....	27
Der Landesvorstand der SPD 60 plus Baden-Württemberg.....	28
Der Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg.....	29
Ansprechpartner/innen und Kreisvorsitzende.....	30

INHALT

NACH THEMEN GEORDNET

Allgemein	
Angebote der SPD-Landtagsfraktion	12
Kontaktpflege zum Landesseniorenrat (Roland Helber)	17
Die AWO – der Wohlfahrtverband mit sozialdemokratischen Wurzeln (Hansjörg Seeh)	22
Die Erneuerung unserer Partei (Peter Steinhilber)	23
Historie (Peter Steinhilber)	23
Soziale Gerechtigkeit – in Würde altern dürfen (Wolfgang Ebsen)	25
Partei im Wandel (Heinz Prager)	26
Geschichte der SPD: Licht und Schatten (Konstanze Wegner)	27
Überlegungen zur aktuellen Situation der SPD (Konstanze Wegner)	27
Politik für Ältere (Konstanze Wegner)	27
Arbeits- und Sozialpolitik	
Sozialstaat (Hansjörg Seeh)	21
Besichtigung von AWO-Einrichtungen (Hansjörg Seeh)	22
Generationengerechtigkeit, Rente, Pflege (Peter Steinhilber)	23
Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit (Peter Steinhilber)	23
Soziale Gerechtigkeit und unternehmerische Verantwortung (Wolfgang Ebsen)	24
Bildung	
Zukunftsfragen – Ausbildung und Beschäftigung (Hans Lambacher)	19
Erwachsenenbildung: Sprachkurse für Migranten und Flüchtlinge (Angela Madaus)	20
Bildungsallianz der SPD – Bildung für alle! (Norbert Theobald)	25
Führung im Museum Neuried-Altenheim (Renate Merten)	27

Entwicklungspolitik	
Entwicklungszusammenarbeit und Migration (Marga Elser)	17
Kommunalpolitik für die junge und die ältere Generation (Renate Knauss).....	19
Ländlicher Raum (Rose Riedl).....	20
Gesundheit und Pflege	
Gesundheitspolitik (Hansjörg Seeh)	21
Pflegeversicherung (Hansjörg Seeh)	21
Leben und Wohnen im Alter (Hansjörg Seeh).....	21
Gesundheit und Bürgerversicherung (Peter Steinhilber)	23
Vorsorgevollmacht (Renate Merten)	27
Integration	
Inklusion und bürokratische Hürden (Bernd Sevecke)	22
Umwelt	
Klima – Umwelt – Natur (Siegwart Brenner).....	15
Wald ist mehr als die Ansammlung von Bäumen (Siegwart Brenner).....	16
Führung im Freilichtmuseum Wackershofen: Die Geschichte eines alten Försterhauses (Siegwart Brenner).....	16
Wirtschaft und Finanzen	
Mehr Gerechtigkeit bei Steuern und Finanzen (Lothar Binding).....	14



ERFAHRUNG SCHAFFT ZUKUNFT 4.0

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,
LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,



„Erfahrung schafft Zukunft“ lautet der Titel dieser Broschüre nun schon in der sechsten Auflage. Die Zukunft ist von Dauer. Um einem Missverständnis vorzubeugen: Wir sehen dabei Erfahrung nicht als die statische Sammlung reflektierter Erlebnisse – mit George Bernard Shaw lernen wir: „Die Weisheit eines Menschen misst man nicht nach seinen Erfahrungen, sondern nach seiner Fähigkeit, Erfahrungen zu machen.“

Stellen wir uns vor, es hätte im September 2017 ein anderes Wahlergebnis in Deutschland gegeben, SPD und CDU/CSU wären keine erneute Koalition eingegangen. Wir wären Opposition ohne großen politischen Gestaltungsspielraum. Natürlich fällt es schwer, diese neuerliche GroKo als Zukunftsprojekt zu betrachten. Allerdings sehen wir täglich bei den Grünen und Liberalen, wie schwer sie sich in der Opposition tun und heute von der Regierung fordern, worauf sie sich selber nicht einigen konnten.

Sechs Monate nach der Bundestags-

wahl quälten wir uns widerwillig in ein Zwangsbündnis, weil alle anderen Parteien versagt haben – sie wollten zwar gern Regierungsmacht, aber nicht das Mühsal den Kompromiss zu suchen. Die Erwartungen an diese dritte Große Koalition sind bis heute gering. Aber vielleicht, und da bin ich optimistisch, liegt darin unsere Chance.

Denn auf den 179 Seiten des Koalitionsvertrages finden wir durchaus einige Pläne, denen wir in der SPD viel abgewinnen können. Zu manchen dieser Pläne, hätte die „Jamaikakoalition“ gleichzeitig die Revolution ausgerufen. Denn wir haben an vielen Stellen gut verhandelt und eine Bildungsoffensive samt Lockerung des Kooperationsverbots erreicht. Maßnahmen gegen den Pflegenotstand und den Wohnungsmangel werden beschlossen und eine Grundrente gegen Altersarmut steht genauso auf dem Verhandlungspapier, wie zum Beispiel der Mieterschutz oder der Verbraucherschutz. Die ganz großen Ideen, wie Bürgerversicherung, Erwerbstätigenversicherung, Neujustierung von ALG II und der Doppelverbeitragung der betrieblichen Altersversorgung waren ebenso wenig zu machen, wie etwa ein Tabakwerbeverbot.

Sicher, das wird einiges kosten, aber noch niemals waren die finanziellen Spielräume größer als heute in einer noch andauernden fast achtjährigen Hochkonjunkturphase. Wenn daraus etwas Gutes entsteht, warum nicht?

Zugegeben, viele von uns sind skeptisch. Die Herausforderungen kamen nicht plötzlich. Seit zwölf Jahren regiert die Kanzlerin dieses Land, acht

Jahre davon mit der SPD. Dieselben Personen, dieselben Probleme, derselbe Diskussionsstand – warum sollte jetzt mehr passieren als bisher?

Vielleicht, weil Angela Merkel gespürt hat, dass die SPD die treibende Kraft ist und dass Trägheit und Entscheidungsschwäche den Falschen in die Hände spielt und den Schwachen im Land schadet.

Vielleicht auch, weil es eine breite Bewegung bei uns gibt, die sich um die Erneuerung der SPD kümmert, an der Spitze im Bund Andrea Nahles und Lars Klingbeil, in Baden-Württemberg Leni Breymaier und Luisa Boos – das macht selbstbewusst und diskussionsfreudig.

WIR SIND DIE TREIBENDE KRAFT

Auch wenn wir lieber bescheiden daherkommen – die SPD darf sich durchaus als treibende Kraft fühlen. Das gilt im Bund, wo wir in sechs zentralen Ressorts wichtige Themen vorantreiben: Arbeits- und Sozialministerium, Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, Bundesministerium für Umwelt und Familie, Finanzministerium und Auswärtiges Amt.

Ob das am Ende reicht, die Demokratie in Deutschland deutlich zu beleben und den Zusammenhalt im Land zu stärken, wie wir uns das vorgenommen haben – kann ich heute nicht genau sagen. Dafür werden wir aber arbeiten, ganz gleich, ob man die Große Koalition nun gut findet oder sie einfach nur erträgt. Leider regieren wir im Bund mit zwei streitenden Unionen. Wenn es ernst wird mit Humanität, mit sozialer

Gerechtigkeit, mit der Aufgabe von Privilegien, egoistischer Vermögenanhäufung und unanständig hohen Einkommen oder mit dem Schutz der Umwelt, dann fehlen CDU/CSU sowohl die soziale als auch die ökologische Dimension; die historische Dimension wird missverstanden als Spielwiese der ewig Gestrigen.

Geschichtsbewusstsein führt automatisch nach Europa. Es ist eine Binsenweisheit, dass Deutschland, wie alle anderen Mitgliedstaaten in der EU auch, trotz seiner Wirtschaftskraft zu klein ist für die Welt, um demokratische und soziale Werte stark zu machen. Erst in der Europäischen Gemeinschaft, als gemeinsame Demokratie, als vereinigte Staaten von Europa, kann eine Kraft entstehen, die sich Diktaturen, dem Raubbau an der Natur, kriegerischen Auseinandersetzungen entgegen stellt. Dabei sind Fehlentscheidungen ja nicht so schlimm, denn sie können korrigiert werden. Schlimm ist die strukturelle Führungs- und Entscheidungsschwäche der Kanzlerin: Grundsätzlich wird abgewartet.

VIER BEISPIELE

- In der Atompolitik brauchte es den Supergau in Fukushima, um den Zick-Zack-Kurs in der Atomstromerzeugung in Deutschland zu beenden.
- Auf dem Finanzmarkt bedurfte es absoluter Börsenpanik, den Lehmann-Gau im Bankenwesen und die Angst vor einem „Bank Run“ (alle Kunden wollen ihr Geld zeitgleich bar ausbezahlt bekommen) der Groß- und Kleinsparer, um endlich mit der Regulierung der Finanz-

märkte, der Banken und der Finanzinstitute im Sinne der SPD Bundestagsfraktion zu starten.

- In der Flüchtlingspolitik hätten wir im Libanon, in der Türkei, in Griechenland, in Italien helfen können. Rechtzeitig. Mit Geld. Erst als die Flüchtlingsströme in Ungarn stecken blieben, die Not und das unermessliche Leid der Flüchtlinge zum Greifen nahe und in den Medien war, erst dann hat die Kanzlerin unter dem Eindruck von Not und Leid so kraftvoll wie hektisch die Dublin-Verordnung einseitig außer Kraft gesetzt – ohne dies mit den europäischen Mitgliedsstaaten abzustimmen.

- Die Affäre rund um den Verfassungsschutzpräsidenten gehört in die gleiche Kategorie.

Diese Beispiele zeigen, dass wir unser Profil gegenüber den anderen Parteien schärfen müssen. In der Atomenergiefrage hatte die SPD die richtigen Antworten gegeben, die Regulierungsvorschläge der SPD-Bundestagsfraktion wurden mit dem Standardargument „Überbürokratisierung“ abgelehnt.

Praktisch alle Anstrengungen, die Mittel für Entwicklungshilfe und für Flüchtlingslager rechtzeitig zu verstärken, wurden der Kombination aus Geiz und schwarzer Null geopfert. Inzwischen haben es viele bemerkt: Geiz ist einfach zu teuer für Deutschland.

Der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft 60 plus in der SPD Baden-Württemberg bietet ein breites Spektrum unterschiedlicher Aktivitäten, Fachinformationen und Vorträge an. Wir laden auch zu

einem frühsummerlichen Empfang nach Stuttgart ein, organisieren Delegiertenkonferenzen und beteiligen uns regelmäßig an der bundesweiten Aktionswoche der AG 60 plus im April und an dem Seniorentag der BAGSO in Dortmund.

In dieser Broschüre geht es nicht um große Events, sondern um das Angebot von Erfahrungswissen jedes einzelnen Mitglieds im Landesvorstand. Die unterschiedlichen Angebote in verschiedenen Kommunikationsformen finden sich auf den Folgeseiten.

Für den Landesvorstand der SPD 60 plus



Lothar Binding

GRUSSWORT

LIEBE GENOSSINNEN,
LIEBE GENOSSEN,



Alle Menschen wollen gut wohnen, finanziell abgesichert und mobil sein – die SPD setzt sich dafür ein, dass die notwendigen Bedingungen dafür geschaffen werden. Bezahlbare Wohnungen, gute Arbeitsbedingungen mit guten Entgelten, Barrierefreiheit, Mobilität, Gesundheitsvorsorge betreffen alle – Seniorinnen und Senioren ebenso wie junge Familien, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Der Bevölkerungsanteil der Älteren nimmt zu. Gleichzeitig wollen ältere Menschen heute bis ins hohe Alter selbstbestimmt und in Würde leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Individuell gestaltbare Wohnformen als Alternative zum klassischen Alten- oder Pflegeheim sind zunehmend gefragt. Ein dichtes Netz ambulanter Dienste und mobiler Pflegedienste sowie eine steigende Zahl an Wohnungen im Rahmen des Betreuten Wohnens ermöglichen es Seniorinnen und Senioren, so lange wie möglich im vertrauten Umfeld wohnen zu bleiben.

Ältere Menschen wollen auch nach ihrem Erwerbsleben die Hände nicht in den Schoß legen. Sie wollen aktive Mitglieder der Gesellschaft sein. Sie wollen weiter gebraucht werden und dazugehören. Sie wollen sich

mit Jüngeren austauschen und für andere Menschen engagieren. Sie freuen sich, wenn ihr Erfahrungswissen gefragt ist.

Die Erfahrungen von älteren Menschen sind ein Schatz. Davon profitiert die gesamte Gesellschaft – die Demokratie sowie die Solidarität zwischen den Generationen werden gestärkt, der soziale Zusammenhalt gesichert.

Ich freue mich, dass der Landesvorstand der SPD 60 plus mit seiner Broschüre „Erfahrung schafft Zukunft“ seit Jahren die Kompetenz seiner Mitglieder hervorhebt und weitergibt. Auch diese Neuauflage zeigt, wie viel ehrenamtliches Engagement jedes einzelne Mitglied aufbringt. Ohne dieses Engagement wäre unsere Gesellschaft um ein Vielfaches ärmer.

Dafür bedanke ich mich sehr herzlich. Ich wünsche der SPD 60 plus, dass unsere Parteigliederungen rege von den Angeboten Gebrauch machen und vom Erfahrungsschatz eurer Generation profitieren. Macht weiter so!

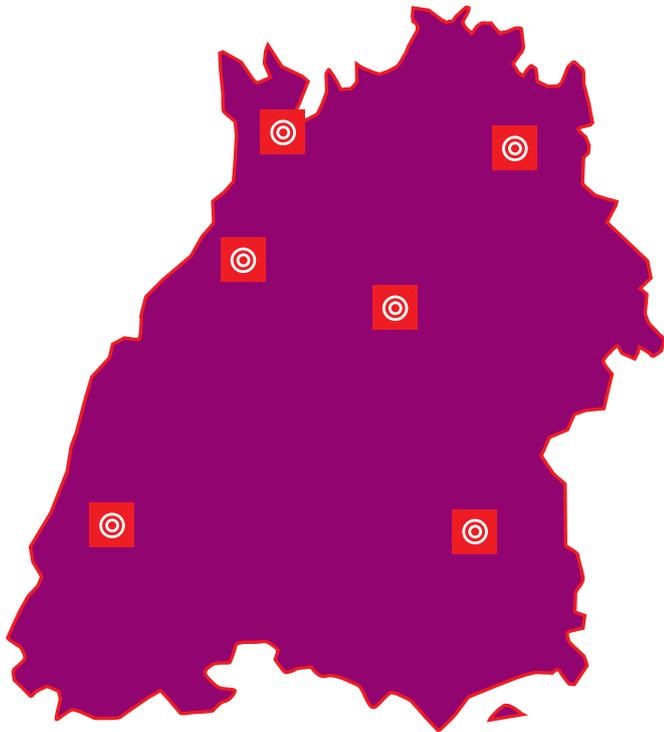
Herzliche Grüße Eure
Leni Breymaier
SPD-Landesvorsitzende



60+

STRASSENAKTIONEN

Eine kleine Auswahl unserer Straßenaktionen...



SCHULDENTURM

VIERZEHN STYROPORWÜRFEL

Warum der Staat Schulden haben darf und warum „gute Schulden“ ein Vorteil für unsere Kinder sind...

Vierzehn Styroporwürfel sollen zu einem Schuldenturm aufgestapelt werden. Das kann eine oder einer, die Kandidatin oder der Kandidat, nicht allein. Passanten müssen helfen. Trotz Leiter gelingt es nicht, den Turm aus allen vierzehn Schuldenwürfeln zu bauen, man muss mehrere Türme bauen, bekommt ein Gefühl für die Dimensionen: Schulden zum Anfassen.

Ein Würfel entspricht 150 Milliarden Euro Schulden. Die Würfel sind in Koalitionsfarben gehalten: viel schwarz-gelb, weniger rot-gelb und rot-grün. Staatsschulden können der Umverteilung von unten nach oben dienen oder der Zukunft unseres Landes – ein Turm, der zur Diskussion anregt.

ARMUTSPUZZLE

ZWÖLF STYROPOR-PUZZLEKÖRPER

Zwölf Styropor-Puzzleteile liegen auf dem Marktplatz und sollen zu einem Puzzle von 3 Meter Höhe und 2 Meter Breite zusammengesetzt werden. Passanten werden gebeten, kurz zu helfen... die Puzzleteile sind ja recht unhandlich, so unhandlich, wie das monatliche Einkommen schwierig zu erarbeiten ist.

Die zwölf Teile unseres Puzzles greifen ineinander und symbolisieren im Zusammenwirken die Gesamtheit dessen, was wir als Existenzminimum begreifen. Sie vermitteln ein plastisches Bild seiner unterschiedlichen Facetten. Die Puzzleteile sind beschriftet mit dem Nötigsten, mit dem, was formal, per Gesetz, als Existenzminimum angesehen wird. Aber das Puzzle geht nicht auf. Zwei Teile passen nicht oder fehlen ganz. Ein unfertiges Puzzle tut weh... ruft nach Vollendung. Politik ist gefragt, SPD- Politik.

SCHERBENHAUFEN

DER GROBE SCHERBENHAUFEN

Mit dieser Aktion soll verdeutlicht werden, wie es sich anfühlt, Fehler und Versäumnisse der Vorgängerregierung zu beseitigen. Etwa schlechte Erbschaftsteuergesetze oder fehlende Einbettung in Europa: einen Scherbenhaufen. Ein Scherbenhaufen ist nicht geräuschlos wegzuräumen. Es geht darum, Ursache, Wirkung und Folgen wieder in die richtige Reihenfolge zu setzen und die Aufregung auf die richtige Stelle zu lenken. Keiner regt sich über den Scherbenhaufen auf – alle schimpfen auf diejenigen, die sich mit Schaufel und Besen dran machen, den Platz zu reinigen.

Diese emotional falsche Ausrichtung müssen wir neu korrigieren: Auf einem zentralen Platz, zum Beispiel dem Marktplatz, wird ein Scherbenhaufen aufgeschüttet (evtl. auf einer Unterlage, damit keine Splitter nach Abschluss der Aktion zurückbleiben; immer schön ordentlich). Nun haben die Passanten die Möglichkeit, den Scherbenhaufen mittels Besen und Schaufel abzutragen und in eine Recyclingtonne zu füllen. An der Schaufel ist ein Mikrophon angebracht, um die Lärmentwicklung beim Aufkehren auf einen Lautsprecher übertragen zu können.

Es wird knirschen! Laut! Damit ist die Basis für eine Diskussion oder eine akustische Erfahrung gegeben, um über die Ausgangslage für unsere Politik zu sprechen. Sprechen ist wichtig. Der Scherbenhaufen repräsentiert ja die Erblasten der Vorgänger-Regierung.

Ein Flugblatt mit den Erfolgen und programmatischen Vorhaben sozialdemokratischer Politik setzt den Kontrapunkt. Die Aktion kann leicht mit einem Gewinnspiel kombiniert werden.

WELT IM (UN-)GLEICHGEWICHT

WIPPE, CA. 4 M LANG, 0,5 M HOCH

Die Waage, eine Wippe für Kinder, versinnbildlicht das Ungleich-Gewicht zwischen Geld und dem unschätzbaren Wert der Welt. Auf der einen Seite die Weltkugel, auf der anderen Seite ein mit Geld gefüllter Sack. Was ist uns wichtiger, unsere einzigartige Erde oder das Geld? Es entzünden sich schnell spannende Diskussionen, derweil die Kinder oft längst die Wippe ihrer eigentlichen Funktion zugeführt haben und ihren Spaß haben.



ES GEHT UMS LIEBE GELD...

Was in dieser Broschüre angeboten wird, kann jeder Kreisverband und jeder Ortsverein „bestellen“. Leider kann dabei der Vorstand der SPD 60 plus nicht alle Kosten aus seinem Budget für die vielen Veranstaltungen im ganzen Land übernehmen. Deshalb hier einige Hinweise zu den Kosten.

Die Vorträge und ihre Vorbereitung übernehmen die Mitglieder des Landesvorstandes, für die Räumlichkeiten, Flipchart oder Beamer etc. sorgen die Gastgeber. Über evtl. anfallende Fahrtkosten muss im Einzelfall gesprochen werden.

ANGEBOTE DER LANDTAGSFRAKTION



WARUM DIE SPD LANDTAGSFRAKTION GUT IST FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Unsere SPD-Landtagsfraktion verfolgt eine „Politik des Zuhörens und des Dialogs“. Ganz in diesem Sinne treten die Abgeordneten in einem zweiten Teil der Veranstaltung in einen Dialog ein und hören ihren Gästen zu. Inhaltlich geht es wesentlich um folgende Punkte:

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Gerechtigkeit zielt vor allen Dingen auf die Gleichheit der Startchancen. Jeder Mensch muss in die Lage versetzt werden, aus eigener Kraft ein gutes Leben führen zu können. Dafür muss und kann Politik die Grundlagen schaffen. Die Hilfen durch unser engmaschiges soziales Netz immer wieder anzupassen, gehört zwingend dazu.

Nicht die Herkunft oder der Sozialstatus der Eltern, nicht Hautfarbe, Geschlecht oder Religion sollen darüber entscheiden, ob einem Türen offen stehen oder nicht. Für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, heißt also, allen Menschen Aufstieg und Teilhabe in Selbstbestimmung zu ermöglichen.

INNERE SICHERHEIT

Die Bedrohung durch terroristische Anschläge hat zweifellos zugenom-

men. Die Menschen hegen große Erwartungen an die Politik, für Sicherheit zu sorgen. Das ist berechtigt. Ein Wettlauf um Scheinlösungen hilft indes nicht weiter. Denn was sich am Ende als wirkungslos herausstellt, fällt auf den Staat zurück. Sicher, ohne hartes Durchgreifen geht es oft nicht. Dazu brauchen wir eine modern ausgerüstete Polizei, auch den Verfassungsschutz, und eine Justiz mit ausreichend Personal. Aber Vorbeugen ist besser als Heilen. Die beste Kriminalität, egal wo, wie und durch wen angerichtet, ist immer noch die, die gar nicht stattfindet.

STARKE WIRTSCHAFT

Es geht schlicht darum, einen Dreiklang von wirtschaftlicher Modernisierung, sozialer Stabilität und ökologischer Nachhaltigkeit anzustimmen. Nur in dieser politischen Tonart wird Baden-Württemberg seine Spitzenstellung halten können.

Die Aufgaben liegen auf der Hand: die Digitalisierung zum Wohle der Menschen gestalten, die wirtschaftsnahe Forschung stärken, die Chancen für kreative Startups erhöhen, die Verkehrsinfrastruktur in Schuss halten und die Elektromobilität vorantreiben. Und nicht zuletzt: das Recht

der Beschäftigten auf Mitbestimmung, Weiterbildung und soziale Absicherung nicht unter die Räder kommen lassen.

FINANZEN

Die Finanzen im Ländle sind bestens geordnet. In 2016 lag der Haushaltsüberschuss bei 3,5 Mrd. Euro, so viel wie noch nie in der Geschichte Baden-Württembergs. Zusammen mit den Überschüssen der Vorjahre und freien Rücklagen summieren sich die finanziellen Reserven auf rund fünf Mrd. Euro. Jetzt kommt es uns darauf an, dass die Kommunen im Land weiter gestärkt werden, denn die Städte und Gemeinde sorgen für sozialen Zusammenhalt – und zwar in der Realität und nicht in der Theorie. Wir kritisieren deshalb die Kürzungen von Grünen und CDU beim kommunalen Finanzausgleich.

WOHNUNGSBAU

Nicht nur in den großen Städten, sondern auch in vielen kleineren Städten und Gemeinden ist der Wohnraum knapp. Deshalb muss mehr gebaut werden: in den Städten und auch auf neuen Flächen. Allerdings so, dass ein geringes oder mittleres Einkommen reicht, um die Wohnung bezahlen zu können.



Und das Land muss deutlich mehr Geld in die Hand nehmen, um den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Gerade dann, wenn Wohnraum knapp ist, darf der Bau neuer Wohnungen nicht weiter erschwert und verteuert werden. So schön ein überdachter Fahrradabstellplatz vor dem Haus auch ist: die Pflicht, einen solchen zu bauen, gehört abgeschafft. Und das ist nur ein Beispiel für unnötige Hürden im Wohnungsbau.

VERKEHR

Der ÖPNV braucht Unterstützung. Die Menschen brauchen Anreize, um auf Busse und Bahnen umzusteigen. Das erfordert bessere Takte zu bezahlbaren Preisen. Das Land muss Geld in die Hand nehmen für neue Stadt- und Straßenbahnen, statt nur Ersatzinvestitionen zu finanzieren. Der Güterverkehr gehört verstärkt auf Schiene und Wasserstraßen.

Neue Güterverkehrszentren können da Schwung hinein bringen. Zweifellos: Der Feinstaub in den Städten sorgt auch politisch für dicke Luft. Die einseitige Bestrafung von Dieselfahrern mit Fahrverboten ist falsch. Wirklich helfen würden moderne Nachrüsttechnik und attraktive ÖPNV-Angebote für Pendler.

UMWELT UND ENERGIE

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion ist es mit ein Kernstück der Energiewende, den Ausbau der Windenergie und der Solarenergie weiter zügig voranzubringen. Im Bereich der Speichertechnologie und der Energieeffizienz brauchen wir verstärkt Forschung und Pilotprojekte zur Markteinführung. Im Naturschutz gilt es, den Nationalpark weiterzuentwickeln, statt ihn nur zu verwalten. Das Biosphärengebiet Südschwarzwald muss gut ausgestattet werden, damit es ein ebenso großer Erfolg wird wie das auf der Schwäbischen Alb.

SCHULE

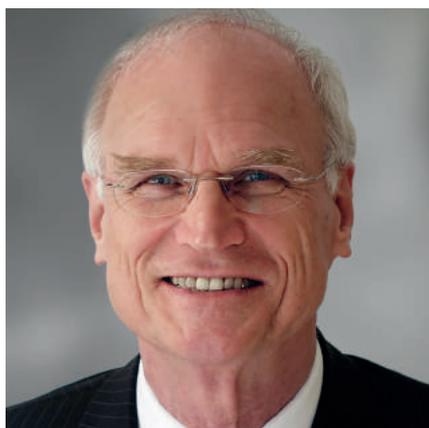
Baden-Württemberg braucht gut ausgestattete und moderne Schulen! Das heißt genug Lehrkräfte, damit Unterricht von hoher Qualität stattfinden kann und Räumlichkeiten, in denen Lernen mehr als Frontalunterricht sein kann und Spaß macht. Wir wollen die bestmögliche Förderung für alle – egal ob hochbegabt, mit Lernschwäche oder mit Sprachbarrieren.

KOMMUNEN

Baden-Württemberg bleibt nur dann ein starkes Land, wenn die Kommunen – also unsere Städte und Gemeinden – stark sind. Die Kommunen sind das Fundament unseres Gemeinwesens und in allen wichtigen Politikfeldern gefragt. Ob Kleinkindbetreuung, Schulentwicklung, Aufnahme von Flüchtlingen oder die Gewährleistung von Sicherheit im öffentlichen Raum – die Kommunen haben viele Herausforderungen zu bewältigen.

Wir lassen unsere Städte und Gemeinden mit ihren vielfältigen Aufgaben nicht allein und wollen Herausforderungen im partnerschaftlichen Dialog lösen. Denn: Lebenswerte und leistungsfähige Kommunen sind für die SPD von besonderer Bedeutung.

Die Diskussion wird dort spannend, wo einige dieser Ziele (schleichend oder offen von Grün-Schwarz) wieder neoliberaler Ideologie geopfert werden, zum Beispiel Abschaffung des Integrationsministerium, Studiengebühren für Ausländer... Grün-schwarzes Grün ist eben doch sehr verschieden von Grün-rotem Grün. Die Grünen werden sich entscheiden müssen.



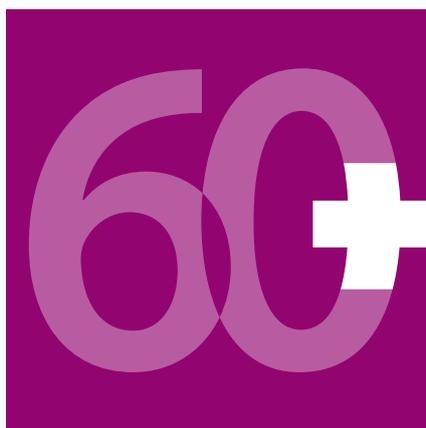
LOTHAR BINDING **MEHR GERECHTIGKEIT BEI STEUERN UND FINANZEN**

Die Enthüllungen über Briefkastenfirmen in Panama geben einen tiefen Einblick in die globale Schattenwirtschaft. Briefkastenfirmen dienen der Verschleierung der tatsächlichen Eigentümer und der undurchsichtigen Herkunft ihrer Vermögen. Damit leisten sie nicht nur Geldwäsche und Steuerbetrug Vorschub, sondern sind auch Teil der wirtschaftlichen und finanziellen Infrastruktur der organisierten Kriminalität und des Terrorismus.

Neben dem Steuerwettbewerb zwischen einzelnen Ländern haben die Internationalisierung der Finanzmärkte und der freie Kapitalverkehr Steuerumgehung und Steuerflucht, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erleichtert. Die nationalen Aufsichts- und Steuersysteme haben mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten.

Schon seit vielen Jahren hat sich die SPD dafür eingesetzt, Steuerbetrug und Geldwäsche viel schärfer zu bekämpfen und zu bestrafen. Aber immer wenn es in der Gesetzgebung wirklich ernst wurde, wird es kompliziert, die notwendigen Mehrheiten zu finden.

Wir träumen von einer solidarischen Gesellschaft, tatsächlich wächst der Unterschied zwischen Arm und Reich Tag für Tag. Auch wenn wir



durch einige Konjunkturprogramme kaum etwas von der Finanzkrise gespürt haben – im Regelfall treffen Krisen zuerst Menschen mit geringen Einkommen.

Wir wissen, dass die Bankenkrise, die Krisen an den Finanzplätzen der Welt und die Globalisierungskrise die Schulden vieler Staaten in die Höhe getrieben haben. Viele Staaten leiden auch unter einem selbst erzeugten und systematischen Problem auf der Einnahmeseite ihrer Haushalte.

Geringe Steuereinnahmen fehlen benachteiligten Kindern und Jugendlichen, fehlen in der Bildung, fehlen den Familien, den Senioren, fehlen für gute Arbeit und für notwendige Investitionen. Die Konsequenz: Bleibt dauerhaft ein Teil der Menschen im Abseits, bleibt der Staat dauerhaft unterfinanziert, hat dies langfristig auch Auswirkungen auf unseren Wohlstand.

Auf der anderen Seite gibt es viele Menschen und Unternehmen in Deutschland, die sich stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen könnten und dies auch wollen.

Sie wissen, dass allein Dank der eigenen Leistung, ohne in die Gesellschaft, ohne in die gemeinsame Infrastruktur, ohne sozial, wirtschaftlich, rechtssystematisch, kulturell und politisch eingebettet zu sein, Reichtum und Vermögen kaum möglich wären.

Deshalb wollen wir uns die Einnahmen des Staates genauer anschauen und folgende Schwerpunkte behandeln:

- Funktionsweise der Schuldenbremse verstehen
- Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Einnahmequelle für Städte und Gemeinden erhalten und zu einer Gemeindefinanzierungssteuer im Kommunalmodell weiter entwickeln
- Grundsteuer künftig auf Grundlage der aktuellen Verkehrswerte der Grundstücke erheben
- Steuerhinterziehung und -betrug bekämpfen
- Ehegattensplitting abschaffen und durch ein Modell der Individualbesteuerung mit Unterhaltsabzug für zukünftige Ehen ersetzen
- Über das Mehrwertsteuersystem mit über 200 Ausnahmen nachdenken.
- Contra und Pro der steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung abwägen
- Begünstigungen und Privilegien im Steuerrecht – Abschaffung ökologisch schädlicher Subventionen und Steuererleichterungen, zum Beispiel: Agrardiesel, Flugbenzin abschaffen

Die Bedeutung dieser Vorschläge und Maßnahmen sind besser zu verstehen, wenn sie zur Haushaltsstruktur der öffentlichen Haushalte in Beziehung gesetzt werden.

Deshalb gebe ich mit meinen Vorträgen auch einen Einblick in die Ausgabenseite des öffentlichen Haushalts (Bund) und in seine Struktur.



SIEGHART BRENNER **KLIMA – UMWELT – NATUR**

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind bedroht, dies ist heute unbestritten. Die globalen Veränderungen des Klimas zeigen sich an vielen Symptomen: Weltweite Erderwärmung (die drei letzten Jahre waren die wärmsten Jahre seit Beginn der Temperaturlaufzeichnung ~1890), Abschmelzung des Eises in Arktis und Antarktis, Gletscherschwund, Anstieg des Meeresspiegels, extreme Naturkatastrophen, Verschiebung der Klimazonen, Artenschwund, neue Krankheiten, totale Ernteauffälle, Hungersnöte, Trinkwasserverknappung...!!!

Betroffen von diesen tragischen Folgen sind vor allem die ärmsten Länder der Welt und die dort lebenden Menschen; Fluchtbewegungen und „Klimakriege“ sind augenfällig. Die zusätzlichen Luftschadstoffe (Feinstaub, Smog) sind nicht zuletzt Ursache zahlreicher unterschiedlichster Krankheits- und Todesfälle. Und wenige Großkonzerne verdienen sich dumm und dämlich an diesen Szenarien (Ölgiganten, Wasserlieferanten, Lebensmittelkonzerne, Chemieriesen, Waffenproduzenten...).

Die Ursachen dieser beängstigenden Entwicklungen sind vorwiegend menschlichen Ursprungs. Insbesondere die Verbrennung von fossilen Energieträgern (Erdöl, Kohle, Erdgas) führt zum Anstieg des CO²-Gehaltes in der Atmosphäre (seit



1970 verdoppelt), gepaart mit dem Ausstoß von zahlreichen anderen Luftschadstoffen (Stickstoffoxyde, Methan, Kohlenwasserstoffe usw.) aus Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und Haushalten.

Dazu kommen die Effekte der wider-natürlichen Landnutzung: Urwaldrodungen, Plantagenwirtschaft, industrielle Land- und Tierwirtschaft, Einsatz von Pestiziden und Anabolika, Genmanipulationen, Entzug von Naturflächen durch Überbauung und Versiegelung.

Aber auch die Weltmeere, auch Seen und Flüsse, allesamt gigantische Kohlenstoffspeicher, sind extrem gefährdet: Aufheizung, Versauerung, Verschmutzung und Vermüllung (Kunststoffe) setzen den maritimen Organismen stark zu, so sind zum Beispiel die wertvollen Korallenriffe stark rückläufig.

Obwohl auf zahlreichen Klimakonferenzen die Probleme und die Brisanz erkannt und verhandelt werden, geschieht nichts Entscheidendes; im Gegenteil, der negative Trend geht weiter. Die angestrebten hehren Klimaziele werden meistens verfehlt, ja oft konterkariert.

Bestes Beispiel ist die Leugnung des Klimawandels durch US-Präsident Trump und durch die erstarkende „Rechte“ in Europa.

Daher der dringende Appell an Verbraucher und Politik: handelt endlich!

Unsere Forderungen

- Klimaziele einhalten (Temperaturanstieg unter 2° C halten!)
- Atom- und Kohleausstieg forcieren – Energiewende beschleunigen
- Individualverkehr eindämmen – ÖPNV ausbauen – weniger fliegen
- Gütertransport auf Schiene und Wasser lenken
- Nachhaltiger und umweltbewusster leben und konsumieren
- Fleischkonsum einschränken – Massentierhaltung beschränken
- Regional, saisonal und nachhaltig erzeugte Waren einkaufen
- Bio-Produktion stärken – ökologische Land- und Forstwirtschaft fördern
- Müll vermeiden – Recyclingquote erhöhen – Verbote und Ahndung
- Flächenverbrauch minimieren – Verdichten, Geschossbau, Rückbau
- Biodiversität erhalten – Naturschutz stärken – Landschaft schützen
- Entwicklungszusammenarbeit ökologisieren und menschenfreundlich gestalten – Hilfe zur Selbsthilfe
- Frieden schaffen – auch mit der Natur

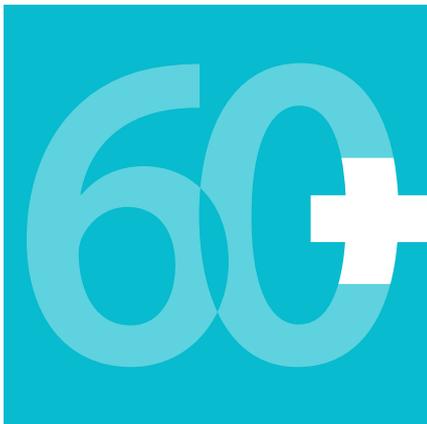
WALD IST MEHR ALS DIE ANSAMMLUNG VON BÄUMEN

Sieghart Brenner, Förster im Ruhestand, war über 40 Jahre Revierleiter, davon 33 Jahre in der ehemaligen Försterei Joachimstal in den Löwensteiner Bergen.

Er berichtet vom „schönsten Revier“, blickt auf einen interessanten Beruf zurück und erklärt die naturnahe Waldwirtschaft.

Mit Bildern, Zahlen und Fakten untermalt er seinen gut einstündigen Vortrag. Die weltweite Bedeutung der Wälder, alle Waldfunktionen, das Spannungsfeld Ökologie und Ökonomie im Wald, der Waldschutz und die Waldgefährdung sowie das Problemfeld Jagd sind die Themen.

Außerdem bietet Sieghart Brenner als besondere Serviceleistung eine Waldführung im ehemaligen Forstrevier bei Wüstenrot an.



FÜHRUNG IM FREILICHT-MUSEUM WACKERSHOFEN: DIE GESCHICHTE EINES ALTEN FÖRSTERHAUSES

Der letzte Förster vom Joachimstal, Sieghart Brenner, war auch letzter Bewohner des gleichnamigen Forsthauses, das 1778 auf den Grundmauern einer Glashütte erbaut wurde.

Auf einer abgeschiedenen Waldlichtung im Lautertal wurde 100 Jahre lang von mehreren Besitzern eine kleinbäuerliche Landwirtschaft betrieben, ehe es 1879 von der königlichen Forstverwaltung gekauft wurde.

Fünf Förster hatten bis 1974 hier ihre Wirkungsstätte, danach stand es bis 1998 meist leer. Nach langem Hin und Her erfolgte die Translozierung und ab 2002 bis 2006 der Wiederaufbau in den „Waldbergen“ des Freilandmuseums.

Sieghart Brenner begleitet Gruppen während eines Ausflugs nach Wackershofen zum Forsthaus und erzählt dabei die Geschichte des Hauses und informiert dabei auch zu Wald- und Jagdthemen.





MARGA ELSER **ENTWICKLUNGSZUSAMMEN- ARBEIT UND MIGRATION**

Bei der massenhaften Migration in den vergangenen Jahren ist besonders bei der Zuwanderung aus Afrika nicht genügend an den Ursachen geforscht worden. Das Grundrecht auf Asyl wurde ausgehöhlt, weil kaum noch unterschieden wird zwischen politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und Sozialmigranten. Es ist keine Frage, dass Menschen immer versuchen werden, für sich und ihre Familien die soziale Situation durch Auswanderung zu verbessern. Allerdings ist Deutschland und Europa nicht verpflichtet, jeden Einwanderer aufzunehmen, unabhängig davon, warum er seine Heimat verlassen hat. Daraus ergibt sich zwingend, dass Deutschland und Europa die Immigration regulieren muss.

Es muss klar getrennt werden zwischen:

- Asylsuchenden und Flüchtlingen gemäß der Genfer Konvention. Sie sind individuell verfolgt aufgrund ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe und
- Kriegsflüchtlingen
- Wirtschaftsmigranten

Diese beiden Gruppen müssen in Europa für die Dauer der Gefahr Schutz finden. Damit würde das Recht auf Asyl gemäß unserem Grundgesetz nur diesen Gruppen zuteilwerden.

In den Radiosendungen und in den Sozialen Medien in Nord- und Westafrika wird propagiert, dass der, der es nach Deutschland geschafft habe, beste Chancen hat, auch dort zu bleiben. Recht-Aufnahme und Versorgungsansprüche sind in allen Einzelheiten bekannt. Da wird auch gegenübergestellt, welche finanziellen Leistungen in den einzelnen europäischen Staaten für Migranten bestehen, was die Sogwirkung auf Deutschland verstärkt. Allerdings wird in den afrikanischen Medien sehr wenig berichtet, dass es lebensgefährlich ist, zum Beispiel über Libyen mit Booten über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. „Auf gut Glück“ brechen sie auf, in der Regel sind es junge Männer, die in ihren Heimatländern keine Zukunft sehen.

Deutschland und Europa brauchen ein Einwanderungsgesetz. Nach unseren Bedingungen legen wir in Deutschland und in Europa fest, wer zu uns kommen darf. Es gibt Beispiele wie Kanada, wo das gut funktioniert.

In vielen Ländern Afrikas brauchen wir eine Berufsausbildungsinitiative. Diese muss so organisiert sein, dass nach der Ausbildung die Gesellen in den Handwerksbereichen Fuß fassen können. Dabei kommt es auch darauf an, dass zum Beispiel in der Landwirtschaft gelernt wird, wie bessere Erträge zu generieren sind. Wir könnten zusammen mit der Stiftung Weltbevölkerung anregen, dass staatliche Institutionen Programme gegen den Geburtenüberschuss organisieren. Dazu gehören auch Gesundheitsprogramme, Kranken- und Rentenversicherungen. Da können wir mit Know-How helfen. Bei internationalen Treffen muss an die Verantwortung der Staatsführer der Herkunftsländer für ihre Bevölkerung appelliert werden. Vielleicht sollte es bei den Treffen der Afrikanischen Union einen solchen Tageordnungspunkt geben.

Ein großes Thema – das viele Facetten hat und für lebhaftere Diskussionen sorgen wird.



ROLAND HELBER **KONTAKTPFLEGE ZUM LANDESSENIORENRAT**

Roland Helber kümmert sich um den Kontakt zum Landesseniorenrat und dessen Mitgliedsverbände. Der Landesseniorenrat hat 80 Mitglieder, 42 Kreis- und Stadtseniorenräte und 38 Verbände (Siehe nachfolgenden Kasten). Der Landesvorstand der SPD 60 plus lädt Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Mitgliedsorganisationen zum Dialog ein und plant gemeinsame Veranstaltungen und Initiativen, soweit sich die Arbeitsfelder von 60 plus und dem Landesseniorenrat überschneiden oder ergänzen.

Grundfragen und Grundlagen von Politik mit den Schwerpunkten kommunale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik

Im Rahmen dieser Vorträge werden folgende Bausteine kombiniert und die Ausführlichkeit ihrer Darstellung mit dem Auditorium abgestimmt:

- Strukturen des Grundgesetzes und der Landesverfassung
- Kommunalverfassung
- Öffentliches Finanzrecht
- Politikverflechtung zwischen den Ebenen Europa, Bund, Land und Kommune
- Kommunale Hoheitsrechte: Planung, Finanzen, Personal, Organisation, Satzungen (Rechtssetzung)
- Davon abgeleitete Politikfelder: Planung, Finanzen, Personal
- Umsetzungsinstrumente in diesen Politik- und Entscheidungsfeldern



WEGWEISER LANDES- SENIORENRAT

Vorsitzender des Landessenioren- rates Baden-Württemberg:

Prof. Uwe Bähr
Kriegerstraße 3
70191 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 61 38 24
E-Mail: landesseniorenrat@
lsr-bw.de

MITGLIEDORGANISATIONEN

**Alzheimer Gesellschaft
Baden-Württemberg e.V.**
Friedrichstr. 10
70174 Stuttgart

**Arbeiterwohlfahrt (AWO),
Bezirksverband Baden e.V.**
Hohenzollernstr. 22
76135 Karlsruhe

**Arbeiterwohlfahrt (AWO), Bezirks-
verband Württemberg e.V.**
Oberer Hoppenlauweg 28
70174 Stuttgart

**AG SPD 60 plus,
SPD Baden-Württemberg**
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Badischer Turner-Bund e.V.
Am Fächerbad 5
76131 Karlsruhe

**Seniorentanz e.V., Landesver-
band Baden-Württemberg**
Kaspar-Koler-Weg 12
88348 Bad Saulgau

**Caritasverband der Diözese Rot-
tenburg-Stuttgart e.V.**
Strombergstr. 11
70188 Stuttgart

**Caritasverband für die
Erzdiözese Freiburg e.V.**
Alois-Eckert-Str. 6
79111 Freiburg

**Deutsche Lebens-Rettungs-
Gesellschaft (DLRG), Landes-
verband Württemberg e.V.**
Mühlhäuser Str. 305
70378 Stuttgart

**Deutscher Bundeswehr-
Verband e.V.,
Landesverband Süddeutschland**
Waldstr. 80
76661 Phillipsisburg

**Deutscher Gewerkschaftsbund
(DGB), Landesbezirk BW**
Willi-Bleicher-Str. 20
70174 Stuttgart

**Deutscher Paritätischer Wohl-
fahrtsverband (DPWV), Landes-
verband Baden-Württemberg**
Haußmannstr. 6
70188 Stuttgart

**Deutsches Rotes Kreuz (DRK),
Landesverband Baden-
Württemberg e.V.**
Badstr. 41
70372 Stuttgart

**Deutsches Rotes Kreuz (DRK),
Landesverband Badisches Rotes
Kreuz e.V.**
Schlettstadter Str. 31
79110 Freiburg im Breisgau

**Diakonisches Werk der
Evangelischen Kirche in
Württemberg e.V.**
Heilbronner Str. 180
70191 Stuttgart

**Diakonisches Werk der Evangeli-
schen Landeskirche in Baden e.V.**
Vorholzstr. 3-7
76137 Karlsruhe

**Die Grünen Alten Baden-Würt-
temberg im Bündnis 90/
Die Grünen Baden-Württemberg**
Königstr. 78
70173 Stuttgart

**Evangelische Senioren in
Württemberg (LAGES)**
Heilbronner Str. 180
70191 Stuttgart

**Fachgruppe „Alter und demo-
graphischer Wandel“ des Evang.
Oberkirchenrates der Evang.
Landeskirche in Baden**
Blumenstr. 1-7
76133 Karlsruhe

**Gewerkschaft der Polizei, Landes-
bezirk Baden-Württemberg e.V.**
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen

**Israelitische Religionsgemein-
schaft Württemberg**
Hospitalstr. 36
70174 Stuttgart

**Landesärztekammer
Baden-Württemberg**
Jahnstr. 40
70597 Stuttgart

**Landesarbeitsgemeinschaft der
Katholischen Seniorenarbeit in BW**
Jahnstr. 30
70597 Stuttgart

**Landesfeuerwehrverband
Baden-Württemberg**
Karl-Benz-Str. 19
70794 Filderstadt

**Landesfrauenrat
Baden-Württemberg**
Gymnasiumstr. 43
70174 Stuttgart

**Landesmusikverband
Baden-Württemberg e.V. (LMV)**
Fritz-Walter-Weg 19
70372 Stuttgart

**Landessportverband
Baden-Württemberg e.V. (LSV)**
Fritz-Walter-Weg 19
70372 Stuttgart

**Landesverband der Gehörlosen
in Baden-Württemberg e.V.**
Hohenheimer Str. 5
70184 Stuttgart

**Landesverband der Musikschu-
len Baden-Württembergs e.V.**
Herdweg 14
70174 Stuttgart

**Liberale Senioren Initiative e.V.
Baden-Württemberg (LSI)**
Rotebühlstr. 131
70197 Stuttgart

**Netzwerk für Senior-Internet-In-
itiativen Baden-Württemberg**
Geschäftsstelle:
Bodo Kleineidam (Vorsitzender)
Hölderlinstr. 11
71032 Böblingen

**Nikolauspflege – Stiftung für bli-
nde und sehbehinderte Menschen**
Fritz-Elsas-Str. 38
70174 Stuttgart

Schwäbischer Turnerbund e.V.
Fritz-Walter-Weg 19
70372 Stuttgart

**Senioren-Union, Landesverband
Baden-Württemberg**
Hasenbergstr. 49 b
70176 Stuttgart

**Seniorenverband öffentlicher
Dienst BW e.V.**
Im Himmelsberg 18
70192 Stuttgart

**Sozialverband VdK
Baden-Württemberg e.V.**
Johannesstr. 22
70176 Stuttgart

**Volkshochschulverband
Baden-Württemberg e.V. (VHS)**
Raiffeisenstr. 14,
70771 Leinfelden-Echterdingen



RENATE KNAUSS *KOMMUNALPOLITIK FÜR DIE JUNGE UND DIE ÄLTERE GENERATION IN UNSEREN KOMMUNEN*

Seit dem Jahre 1984 mache ich Kommunalpolitik als Stadt- und Ortschaftsrätin.

Meine Schwerpunkte sind:

- bezahlbares Wohnen für junge und ältere Menschen, generationenübergreifendes Wohnen
- Erhaltung und Förderung von Einkaufsmöglichkeiten in der Mitte unserer Kommunen
- Kinderbetreuung in unseren Städten und das Fördern von Gemeinschaftsschulen
- „Soziale Region“ im ländlichen Raum, zu dem das Erhalten von ärztlicher Versorgung und von Krankenhäusern gehört

Dafür werde ich mich einsetzen und stehe auch gerne für Fragen zur Verfügung.



HANS LAMBACHER *ZUKUNFTSFRAGEN – AUSBILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG*

Die berufliche Bildung ist ebenso wie Hochschule und Forschung an Innovation und Weiterentwicklung der Arbeitswelt beteiligt. Insoweit muss der beruflichen Erstausbildung wie auch der beruflichen Fortbildung eine größere Beachtung beigemessen werden. Entscheidungen über Fragen, was und wie produziert wird, die meist von der Wirtschaft allein entschieden werden, führen zu erheblichen Umbrüchen, bezogen auf das Arbeitsplatzangebot und den daraus resultierenden Veränderungen bei den Qualifizierungsanforderungen.

Obwohl bekannt ist, dass ein solcher Spagat nur mit einer qualifizierten Ausbildung und einer systematischen beruflichen Fortbildung gemeistert werden kann, erfolgen sie, wenn überhaupt, meist mit erheblichen Verzögerungen. Das heißt dass bei größeren wirtschaftlichen Veränderungen, wie Atomausstieg, die Verlegung der Lagerhaltung der Unternehmen auf LKW (Just in time) oder die bevorstehende Digitalisierung, die Entwicklung und der Erhalt von Arbeitsplätzen nicht außen vor bleiben kann. Die absehbaren Veränderungen, Wegfall von Arbeitsplätzen, in welchen Bereichen entstehen neue Arbeitsplätze, welche Quali-

fikationen sind dafür erforderlich, welche Personen, einschließlich der Altersstruktur können für diese Arbeitsplätze qualifiziert werden, müssen bereits im Vorfeld bedacht werden.

Beim Rückbau des Bergbaus, der Stahlerzeugung, bei den Werften und der Uhrenindustrie haben wir diesbezüglich schmerzhaft Erfahrungen gemacht.

Wie muss oder sollte eine berufliche Bildung der Zukunft aussehen? Wenn man die Entwicklung der letzten 40 Jahre Revue passieren lässt, wird offenkundig, dass die theoretischen Anforderungen bei allen Berufen beträchtlich zugenommen haben. Das wird allein schon daran deutlich, dass bei bestimmten Berufen Hauptschüler kaum noch eine Chance haben und zunehmend Abiturenten und Realschüler den Vorzug erhalten. Diese Entwicklung muss zukünftig entsprechende Konsequenzen bei den allgemeinbildenden Schulen haben. Vor allem muss den beruflichen Schulen eine größere Bedeutung und Unterstützung beigemessen werden.

Wie das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg schon vor Jahren festgestellt hat, schützen Berufe mit möglichst vielen, mehrfach verwendbaren Qualifikationen mehr vor Arbeitslosigkeit als Berufsbilder mit speziellen, nur spezifisch verwendbaren Anforderungen. Zukünftig ist anzustreben, dass bereits bei der Beendigung der Berufsausbildung der Einstieg in die berufliche Fortbildung erfolgt. Hier sind vor allem die Betriebe gefordert. Bisher wurden die betriebsinternen Fortbildungsmittel vor allem für die Führungskräfte und das mittlere Management ausgegeben. Hinzu kommt noch, dass Baden-Württemberg immer noch das Land mit den meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Berufsqualifikationsabschluss ist. Hier vor allem muss der Hebel angesetzt werden.

Die geringe Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, wie beispielsweise bei den Pflegeberufen (trotz großem gesellschaftlichem Bedarf) macht offenkundig, dass dort die Rahmenbedingungen von Ausbildung und Beschäftigung erheblich verbessert werden müssen. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Umsetzung

der Digitalisierung sind vertretbare Lösungen für die Digitalisierungsverlierer anzustreben.

Gesamtgesellschaftlich sind in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu klären: Wollen wir den Robotereinsatz in der Pflege? Wollen wir autonomes Fahren oder wäre die

Sicherstellung des Klima- und Umweltschutzes nicht wichtiger oder wollten wir die ständig wachsende Privatisierung wichtiger staatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge?

Diese Entscheidungen dürfen nicht allein der Wirtschaft überlassen werden.



ANGELA MADAUS
ERWACHSENENBILDUNG:
SPRACHKURSE FÜR
MIGRANTEN UND
FLÜCHTLINGE

Es gibt eine Vielzahl von Angeboten im Auftrag des BAMF. Für die Arbeitsaufnahme ist die B 2-Sprachprüfung obligatorisch (TELC The European Language Certificates – die Europäischen Sprachenzertifikate). Dabei konkurrieren verschiedene gemeinnützige Bildungsträger (zum Beispiel BBQ) mit anderen Sprachinstituten. Letztere unterrichten und nehmen Sprachprüfungen ab.

Der Unterricht bei Migranten und Flüchtlingen ist aus meiner Sicht hochsensibel. Deshalb bedarf es auch einer besonderen Zulassung durch das BAMF. Der Unterrichtende ist auf Grund der Migrantenbiographien mit Motivationsdilemmata konfrontiert, die der Erosion eines Weltbildes und verschiedenen Fluchterfahrungen und der Heterogenität

der Teilnehmer geschuldet sind, auf Grund derer keine anspruchsvolle Lernmotivation erwartbar ist.

Andererseits ist aber die Sprachprüfung nach TELC sehr schwierig (angesetzt sind 400 Unterrichtsstunden pro Kurs). Der Unterrichtende ist gefordert, Strategien psychischer Entlastung zu entwickeln und bedarf einer humorvollen Gelassenheit im Unterricht, wobei der Prüfungserfolg – auch bei der besten Unterrichtssituation – trotzdem keineswegs verbürgt ist.

Ich unterrichte seit meiner Pensionierung 2010 beim gemeinnützigen Bildungsträger BBQ. Wer sich für diese Form der Erwachsenenbildung interessiert, darf sich gerne bei mir melden.



ROSE RIEDL
LÄNDLICHER RAUM –
GEDANKEN EINES
MITGLIEDS DER AG 60 PLUS

Seit einigen Jahren verstärkt sich der Trend, Geschäfte, medizinische Versorgungseinrichtungen und

Dienstleistungen sowie kulturelle und sportliche Angebote aus dem ländlichen Raum in die Städte zu verlegen. Für viele ältere Menschen wird es daher immer schwieriger, ihr gewohntes Leben selbstbestimmt zu führen, während in den Städten die meisten Einrichtungen schnell zu erreichen sind. Mobilität und das eigene Umfeld stehen also in engem Zusammenhang.

Einige der kritischen Punkte können hier nur stichwortartig benannt werden:

❶ Mobilität und Barrierefreiheit bei Bussen und Bahnen kommen nur schleppend voran. Gerade auf dem Land ist daher für Senioren beinahe zwingend ein Auto notwendig, um nicht völlig abgehängt zu werden von zum Beispiel kulturellen oder

gemeinschaftlichen Aktivitäten. Auch wäre ein reduziertes Regio-Ticket für den Regionalverkehr für Ältere mit geringem Einkommen eine große Hilfe bei der Mobilität, um nicht zu vereinsamen.

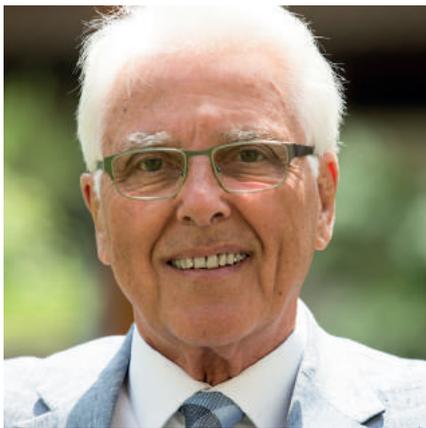
❷ Altersgerechtes Wohnen ist eine Herausforderung, der sich die Kommunen immer mehr gegenüber sehen. Auf dem Lande ist es oft so, dass ältere Einzelpersonen in großen Häusern leben, weil es einmal an kleinen Wohnungen fehlt oder man nicht umziehen will. Hier gibt es viel Bedarf für alternative Wohn- und Bauformen (zum Beispiel WGs, Tagespflege etc.). Die Wohnungen sind zwar in strukturschwachen Gegenden wesentlich billiger, jedoch muss dies mit höheren Kosten für die Mobilität ausgeglichen werden (s. oben). In den Blick genommen werden muss auch das Sicher-

heitsempfinden der Älteren. Geringe Polizeidichte zum Beispiel ist ein Problem in vielen ländlichen Gebieten.

③ Schließende Hausarztpraxen sind ein bekanntes Problem im ländlichen Raum. Die medizinische Versorgung wird immer schwieriger. Die Distanzen zur Fachärzt-

ten, Krankenhäusern etc. werden groß. Es sind zwar Projekte wie die Zusammenlegung von Praxen oder finanzielle Hilfen für neue Landärzte im Entstehen, jedoch gibt es dabei oft Schwierigkeiten mit zum Beispiel noch fehlendem Breitband-Internet-Zugang.

④ Sehr schwierig ist auch die Versorgung mit den lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen. Hier sollten die Kommunen mit den Bürgerinnen und Bürgern alternative Versorgungsmöglichkeiten planen wie zum Beispiel Genossenschaftsläden, Fahrdienste etc.



HANSJÖRG SEEH SOZIALSTAAT

Der Sozialstaat als Garant für ein menschenwürdiges Leben steht bei uns im Mittelpunkt, für alle Generationen. Die sozialen Sicherungssysteme, wie die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung dienen der Absicherung der Menschen in persönlichen Lebenslagen. Grundlage ist die solidarische Beitragsaufbringung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die einseitige Erhöhung der Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung ist eine nicht hinnehmbare Belastung der Arbeitnehmer. Durch die beharrliche Initiative der SPD ist es im Koalitionsvertrag 2018 gelungen diesen Zustand zu beenden und die paritätische Finanzierung wieder einzuführen.

Unser Ziel bleibt: Die Einführung einer Bürgerversicherung im Bereich der Pflege und Krankheit, in die alle Menschen einzahlen.

Diese Forderung verstehen wir als wichtigen Beitrag zu mehr Gerech-

tigkeit für alle Generationen. Die Rentenversicherung erfordert unser besonderes Engagement. Der SPD ist ein wichtiger Schritt im Koalitionsvertrag gelungen, nämlich die weitere Absenkung des Rentenniveaus unter 48 % zu verhindern.

Ein wichtiges Ziel ist für uns die Einführung einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung. Damit können die Einnahmen der Rentenversicherung stabilisiert und der Gefahr von Altersarmut bei Selbstständigen vorgebeugt werden.

GESUNDHEITSPOLITIK

Die gesetzliche Krankenversicherung muss für alle bezahlbar bleiben. Effizienz und Wirtschaftlichkeitsreserven sind auch bei der Pharmaindustrie durchzusetzen.

Ein Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Kranken- und Pflegeversicherung ist eine wichtige Forderung.

PFLEGEVERSICHERUNG

Die Pflegeversicherung wurde durch die Pflegestärkungsgesetze fortentwickelt und hat wesentliche Verbesserungen, insbesondere bei der Finanzierung der Pflege von demenziell erkrankten Menschen gebracht.

Die Einführung von fünf Pflegegraden und die bei höheren Pflegegraden unveränderte Zuzahlung hat eine größere Differenzierung ermöglicht und viele Betroffene und deren Angehörigen finanziell entlastet. Jetzt kommt es darauf an,

die gesellschaftliche Anerkennung von Pflegekräften zu stärken und die Bezahlung zu verbessern. Nur so können junge Menschen für den Pflegeberuf gewonnen werden.

Eine Ausbildungsoffensive ist eine wichtige Voraussetzung um ausreichend Pflegepersonal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen in den kommenden Jahren zur Verfügung zu haben.

LEBEN UND WOHNEN IM ALTER

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist drängende soziale Frage heute und in den nächsten Jahren. Dies gilt besonders für Familien mit Kindern und für ältere Menschen mit geringen Renten.

Es wird darauf ankommen, dass Bund, Länder und Kommunen in den besonderen Brennpunkten neue und nachhaltige Initiativen auf den Weg bringen.

Die Versorgung der Menschen mit Wohnraum kann nicht nur dem freien Markt überlassen werden, sondern die öffentliche Hand, städtische Wohnbaugesellschaften und Genossenschaften müssen verstärkt zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch gezielte Programme beitragen.

Dem wichtigen Wunsch der Älteren, so lange wie möglich in der eigenen Wohnung zu bleiben, muss durch Umbau und Neubau zum barrierefreien und behindertenfreundlichen Wohnen Rechnung getragen werden. Das Wohnumfeld muss im

Bereich des öffentlichen Verkehrs, der Nahversorgung und öffentlicher Dienstleistungen generationenübergreifend gestaltet werden.

DIE AWO – DER WOHLFAHRTSVERBAND MIT SOZIALDEMOKRATISCHEN WURZELN

1919 wurde die Arbeiterwohlfahrt von der damaligen SPD-Frauensekretärin Marie Juchacz durch Beschluss des SPD-Vorstandes gegründet. Sehr schnell entstanden deutschlandweit Ortsvereine, die ehrenamtlich die damalige Notlage der Arbeiterschaft zu lindern versuchten.

Gleichzeitig verstand sich die AWO auch als Anwalt der Schwachen und als sozialpolitische Organisation, die maßgeblich an der sozialen Gesetzgebung durch eigene Beiträge mitwirkte.

Bereits das 1923 eingeführte Jugend-

wohlfahrtsgesetz wurde maßgeblich von der AWO formuliert.

Die AWO wurde 1933 als einziger Wohlfahrtsverband verboten, da sie sich nicht den Nazis unterworfen hatte. Viele Funktionäre wurden damals verhaftet und oft in Konzentrationslagern umgebracht.

Anderen gelang die Flucht ins Ausland und sie leisteten von dort materiellen Hilfen in einer Zeit der Not und Arbeitslosigkeit. 1945 wurde die AWO wieder als selbständiger Verband gegründet und ist heute ein anerkannter Verband der Freien Wohlfahrtspflege.

Sie unterhält Einrichtungen in der Kinder- und Jugendhilfe sowie Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und altengerechte Wohnungen und Pflegeheime.

Durch Beratungsstellen und offene Angebote in vielen sozialen Feldern wird die soziale Arbeit vom Bund, den Bezirksverbänden, den Kreisverbänden und den Ortsvereinen der

AWO wahrgenommen. Hauptberufliche Fachkräfte, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer engagieren sich gemeinsam in vielen sozialen Projekten. Die Mitwirkung der AWO in öffentlichen Gremien, in der Kommune und in den Landkreisen, aber auch in den Ländern und auf Bundesebene ist geprägt durch Fachkompetenz und soziales Engagement.

Unsere Werte sind unsere Grundlage: Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Sie sind auch heute noch so aktuell, wie bei unserer Gründung vor fast 100 Jahren.

Hansjörg Seeh war Geschäftsführer im Kreisverband Freiburg, Vorsitzender im Bezirksverband Baden und Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeiterwohlfahrt.

Neben Gesprächen über soziale Themen kann er auch Besichtigungen, Begegnungen in AWO-Einrichtungen organisieren, insbesondere im Bereich des Bezirksverbandes Baden.



BERND SEVECKE INKLUSION UND BÜROKRATISCHE HÜRDEN

Bernd Sevecke ist für die SPD AG 60 plus in den Vorstand des Landesseniorenrats gewählt.

Die heutigen Bedingungen für Menschen mit Einschränkungen ihrer körperlichen und geistigen Mobilität

sind sehr stark von bürokratischen und anderen Hürden geprägt. Hilfsangebote gibt es sehr viele, nur sind sie immer dann nicht verfügbar, wenn sie gebraucht werden. Sie sind ausgerechnet in diesen Momenten gerade belegt oder überhaupt nicht vorhanden. Einen Weg durch diesen Dschungel zu finden, dabei helfen die Pflegestützpunkte.

Demografische Erhebungen zeigen, dass wir mit zunehmendem Alter auf Hilfe von Angehörigen oder von außerhalb angewiesen sind.

Unter den oben genannten Bedingungen wird es immer wichtiger sein eigenes persönliches Umfeld so zu gestalten, dass eine möglichst lange Zeit in der eigenen Häuslichkeit verbracht werden kann.

Die Wohnberatung, in Baden-Württemberg weitgehend ehrenamtlich organisiert, ist ein wichtiger Baustein.

Die ehrenamtlichen Wohnberater werden von den Pflegestützpunkten – bei uns in Lörrach „I-Punkt“ genannt – ausgebildet, betreut und fortgebildet. Die Wohnberater besuchen die Menschen in ihrer Häuslichkeit und geben Tips und Hinweise zur Verbesserung der Wohnsituation. Für die Inanspruchnahme muß zum Beispiel im Kreis Lörrach ein Obulus von 20,00 € entrichtet werden. Über den Besuch wird ein Bericht erstellt und dem/den Betroffenen zur Verfügung gestellt.

Ich selbst bin ehrenamtlicher Wohnberater und kann in einem halbstündigen PowerPoint Vortrag über Ziele und Inhalte der Wohnberatung berichten. Aus der Praxis vieler Hausbesuche versuche ich einen lebendigen Vortrag zu gestalten.

Wenn ich Euer Interesse geweckt haben sollte, komme ich gerne zu Eurer Arbeitsgruppe.



PETER STEINHILBER

Als ehemaliger hauptamtlicher Parteisekretär, viele Jahre in unterschiedlichsten Positionen und Arbeitsgebieten, biete ich Euch organisatorische Beratung und politische Themen zur Diskussion in Euren großen, kleinen oder noch nicht existierenden AG 60 plus Verbänden an. Ladet mich ein, ich komme gern. Schon in meiner aktiven Zeit hatte ich meine Schwerpunkte in der Sozialpolitik.

Die Fragen zu:

GENERATIONEN- GERECHTIGKEIT, RENTE, PFLEGE...

sind keine neuen Problemfelder und sie werden nach meiner Meinung sehr einseitig diskutiert. Die beständige Wiederholung der Belastung der Jüngeren hat dazu geführt, dass über die Belastung der Älteren in der Unterhalts- und Erziehungsleistung schon nicht mehr geredet wird. Das Aufrechnen von marktwirtschaftlichen Renditeerwartungen und die viel zu stark betonte Äquivalenz, sind Hindernisse zu einem solidarischen Rentensystem. Auch wenn die nächste grundsätzliche Rentendiskussion nun wieder aufgeschoben wird, die Privatisierung wird, wenn wir uns nicht zur Wehr setzen, fortschreiten.



GESUNDHEIT UND BÜRGERVERSICHERUNG

Seit mehreren Jahren schon wollen wir die 2-Klassen-Medizin abschaffen. Die private Krankenversicherung ist in ihrer Lobbyarbeit so erfolgreich, daß es immer schwieriger wird, eine gemeinsame gerechte, solidarische Krankenversicherung zu schaffen.

Auch hier sehen wir die Privatisierung der Krankenversicherung wachsen. Junge werden mit geringen Beiträgen in die private Krankenversicherung (PKV) gelockt, im Alter sitzen sie auf unbezahlbaren Beiträgen. Letztlich treiben die Gewinne der PKV die Preise von Arzneimitteln und Behandlung in die Höhe. Privatisierung ist auch in der Krankenversicherung kein Mittel zu dem erwünschten Ziel, dass starke Schultern mehr zu tragen haben.

ARBEITSMARKT UND ARBEITSLOSIGKEIT

Das war ein schöner Begriff: „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ und das Dilemma unserer Wahlverluste seit Hartz IV und Agenda 2010.

Was am Abbau von Sozialstaatsprinzipien modern ist, werde ich nie begreifen. Strittig ist je nach Ansicht, die gestiegene Zahl von Arbeitsverhältnissen, unstrittig ist die Zahl des Aufwuchses von prekären Arbeitsverhältnissen durch die Vielzahl der

Möglichkeiten zu Lohn-Dumping, mit Werkvertrag, Leiharbeit, Mini- und Midijobs.

Eine reale Lohnsteigerung hat bald 20 Jahre lang nicht mehr stattgefunden. Zunehmend wird die gewerkschaftliche Position schwächer und die Möglichkeit, sich in der Gesellschaft mit solidarischen Konzepten zu betätigen, geringer.

DIE ERNEUERUNG UNSERER PARTEI,...

die sich wieder mit den Grundsätzen „wo wir hin wollen“ beschäftigen sollte, ist nicht das Feilschen um das Detail, nicht das Bedauern des „Elends“, sondern die Absicht, gemeinsam solidarische Politik für die Mehrzahl und durch die Mehrzahl, aber nicht für die Wenigen, die uns gar nicht brauchen, zu machen.

HISTORIE

Auch für einen kleinen Streifzug in die Geschichte stehe ich gerne zur Verfügung. In etlichen Kreisverbänden haben wir schon gemeinsam das Thema SPD und Gewerkschaften diskutiert. Nicht immer „Seit an Seit“. Das habe ich gestrafft und gekürzt, es sind die gleichen Probleme die wir seit 150 Jahren haben.



WOLFGANG EBSEN **SOZIALE GERECHTIGKEIT** **UND UNTERNEHMERISCHE** **VERANTWORTUNG**

„Jeder soll von seiner Arbeit leben können“ – Dieser Satz muss richtig heißen: „Jeder muss von seiner Arbeit leben können.“ Leider ist es in unserem reichen Land bei weitem nicht so, auch nicht in unserer Region Stuttgart mit fast 2,74 Mio. Menschen (Stand 2015).

Die Menschen müssen ja nicht nur von ihrer Arbeit leben, sie sollten ja auch noch für das Alter vorsorgen. So wünscht es sich der Gesetzgeber.

Der von der SPD 2015 eingeführte Mindestlohn (aktuell 8,84 €) war auch eine längst überfällige Entscheidung, damit das Niedriglohnniveau nicht noch weiter abdriftet. Aber

wer kann vom Mindestlohn noch Rücklagen bilden, bzw. Investitionen in eine private Altersvorsorge vornehmen.

Die Erwerbsbiografien der Menschen, und ganz besonders die der Frauen, sind doch sehr unterschiedlich. Auf einen lupenreinen Versicherungsverlauf von 45 rentenversicherungspflichtigen Beitragsjahren können nicht alle zurückblicken. Bei einem aktuellen Rentenwert – West von 31,03 € (Stand 1.7.2017) ergibt das nach 45 Jahren Durchschnittsverdienst eine Bruttorente von 1.396,--€ netto € 1.244,00 je nach Krankenkasse. Das sind Durchschnittswerte, viele liegen darunter, einige wenige darüber. Diese Eckrentnerberechnung greift jedoch nur, wenn die Menschen in Deutschland nach Tarif bezahlt werden. Das ist nicht in allen Branchen der Fall, da die Tarifbindung der Unternehmen sehr stark zurückgegangen ist.

Der Langzeitvergleich macht deutlich, wie stark die Tarifbindung in den vergangenen zwei Jahrzehnten abgenommen hat. 1995 wurden nach Angaben des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) noch 72 Prozent der westdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach einem Branchentarifvertrag beschäftigt und bezahlt. 2009 war der Anteil laut Bundesregierung auf 56 Prozent gesunken.

Mit 51 Prozent markiert das Jahr 2016 nun einen neuen Tiefpunkt. Im Osten ging der Anteil der nach Branchentarifvertrag Beschäftigten noch stärker zurück, nämlich von zwei Dritteln zur Mitte der 90er Jahre auf gut ein Drittel (36 Prozent) im vergangenen Jahr.

Besonders betroffen von der fehlenden Tarifbindung ist der Dienstleistungssektor: Im Handel (West) etwa sind lediglich 25 Prozent der Betriebe und 36 Prozent der Beschäftigten an einen Branchentarifvertrag gebunden. Im Osten sind es 15 und 23 Prozent. Ähnlich sieht es im Gastgewerbe aus. Nur noch 26 Prozent (West) und neun Prozent (Ost) der Betriebe setzen Branchentarifverträge um, 39 Prozent der Beschäftigten im Westen und 23 Prozent im Osten profitieren davon. In diesen wie auch anderen Branchen ging die Tarifbindung seit 2009 durchweg zurück.

Diese Entwicklung ist durch fehlende, allgemeinverbindliche Tarifverträge noch verstärkt worden.

Im Tarifvertragsgesetz steht im § 5 Satz 1

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann einen Tarifvertrag im Einvernehmen mit einem aus je drei Vertretern der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestehenden Ausschuss



(Tarifausschuss) auf gemeinsamen Antrag der Tarifvertragsparteien für allgemeinverbindlich erklären, wenn die Allgemeinverbindlicherklärung im öffentlichen Interesse geboten erscheint. Die Allgemeinverbindlicherklärung erscheint in der Regel im öffentlichen Interesse geboten, wenn

- 1 der Tarifvertrag in seinem Geltungsbereich für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen überwiegende Bedeutung erlangt hat oder
- 2 die Absicherung der Wirksamkeit der tarifvertraglichen Normsetzung gegen die Folgen wirtschaftlicher Fehlentwicklung eine Allgemeinverbindlicherklärung verlangt.

Im öffentlichen Interesse sollte es jedoch immer geboten sein, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Denn so lässt sich Altersarmut verhindern. Dazu müssen die Arbeitgeber ihren Beitrag leisten.

Darüber möchte ich berichten und informieren.

SOZIALE GERECHTIGKEIT – IN WÜRDE ALTERN DÜRFEN

Deutschland wird alt. Lag vor 150 Jahren die Lebenserwartung eines Menschen noch bei 40 Jahren, werden heute geborene Mädchen durchschnittlich 83, Jungen 78 Jahre alt. Laut Prognosen des Statistischen Bundesamtes werden diese Werte in den kommenden Jahrzehnten noch steigen.

Um sich dieser Entwicklung anzupassen, muss sich in der deutschen Gesellschaft einiges ändern. Für einige der „neuen Alten“ ist die steigende Lebenserwartung ein Grund zur Freude: Sie werden immer fitter und haben immer später das Gefühl, wirklich alt zu sein.

Viele Menschen haben heute im Ruhestand aber auch die besten Möglichkeiten sich noch einmal zu

profilieren. Sowohl in Vereinen und Seniorenkreisen als auch in politischen Organisationen ist die Generation 60 plus sehr stark präsent. Zudem wird die Lebensarbeitszeit langsam aber stetig auf 67 Jahre verlängert und die Menschen sind auch länger im Arbeitsleben eingebunden. Die ältere Generation ist somit mittendrin.

Aber wie wird in unserer Gesellschaft ein alternder Mensch gesehen, wenn er nicht mehr jung, gesund und kreativ genug ist. Wie gehen wir miteinander um. Altern gehört zu unserer Gesellschaft. Mit all seinen Gebrechen. Was ist würdevoll und soziale Gerechtigkeit.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) definiert Gerechtigkeit wie folgt:

„Unter Gerechtigkeit werden moralisch begründete, akzeptierte und wirksame Verhaltens- und Verteilungsregeln verstanden, die Konflikte vermeiden, welche ohne die Anwendung von Gerechtigkeitsregeln bei der Verteilung begehrter Güter oder ungeliebter Lasten auftreten würden. Wie alle moralischen Regeln, so setzen auch Normen sozialer Gerechtigkeit voraus, dass Menschen ihr Verhalten und Verteilungsprozesse gestalten können. Gerechtigkeitsforderungen angesichts von Sachzwängen sind sinnlos.“

Auch wenn die Normen der sozialen Gerechtigkeit voraussetzen, zum Beispiel Verteilungsprozesse gestalten zu können, dann hat es nichts mit sozialer Gerechtigkeit und Würde im Alter zu tun, wenn Menschen im Alter eine Rente auf Grundsicherungsniveau erhalten. Manche sogar darunter.

Sozialträger wie der VdK bemängeln schon seit Jahren diese schleichende Entwicklung. Die besonders dann noch gravierend zunimmt wenn durch Krankheit die Pflege und Gesundheit im Alter Familien an den Rand des Ruins treibt.



NORBERT THEOBALD **BILDUNGSALLIANZ DER SPD –** **BILDUNG FÜR ALLE!**

Die SPD will in Kita, Schule und Ausbildung investieren – anders als Grüne und Union. Für gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, ausreichende Ganztags-schulplätze, moderne und bestens ausgestattete Schulen sowie mehr schulische Sozialarbeit – denn dafür stehen die Sozialdemokraten!

Jedes Bundesland macht derzeit seine eigene Schulpolitik mit eigenen Lehrplänen und Materialien. Wir fordern deshalb mehr bundesweite Bildungsstandards, damit Leistungen vergleichbarer werden. Der Bund soll bei Schulen auch endlich wieder richtig mitreden dürfen. Daher brauchen wir viel mehr Kompetenzen des Bundes, um gemeinsam mit den Ländern Schulen zu modernisieren und Chancengleichheit gewährleisten zu können.

Der kommunale Investitionsstau bei Schulen beläuft sich in Deutschland auf ca. 34 Milliarden Euro – auch in Baden-Württemberg fällt es vielen Kommunen schwer, ihre Schulen in Schuss zu halten. Deshalb unterstützt das neue Schulinvestitionsprogramm der Bundesregierung die Kommunen – besonders die finanzschwachen. Wir wissen, wie wichtig moderne, gut ausgestattete Schulgebäude und Klassenräume für den Lernerfolg sind. Die Lernumgebung und Lehrangebote entscheiden mit

darüber, ob man gerne in die Schule geht und sich dort in einer guten Atmosphäre wohlfühlt.

Hierfür ist das bisherige kommunale Investitionsprogramm von 3,5 Milliarden Euro auf sieben Milliarden aufgestockt worden. Damit Baden-Württemberg sich mit 250 Mio. Euro bei der Schulsanierung engagieren kann, wurde das Grundgesetz geändert und das sogenannte „Kooperationsverbot“ aufgebrochen. Ein solcher Schub ist wichtig, um die baden-württembergischen Schulen voran zu bringen. Das erklärte Ziel heißt aber, eine Million zusätzliche Plätze an Ganztagschulen und einen Rechtsanspruch darauf zu schaffen. All das geht jedoch nur, wenn wir das Kooperationsverbot gänzlich abschaffen. Dies bedeutet, dass wir eine nationale Bildungsallianz von Bund, Ländern und Kommunen brauchen.

Mit dem Schulinvestitionsprogramm sollen nicht nur Gebäude saniert, sondern auch mit moderner IT-Technik ausgestattet werden. Ziel ist es, mit besseren Lehr- und Unterstützungsangeboten die Chancengleichheit zu erhöhen. Die Bundestagsabgeordnete Saskia Esken sagt dazu: „Soziale Herkunft und Wohnort haben immer noch einen zu großen Einfluss auf die Bildungschancen von jungen Menschen. Als Digitalpolitikerin verstehe ich den digitalen Wandel als umfassende Aufgabe der politischen Gestaltung, damit digitale Bildung alle stark macht für die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung, damit Bürgerrechte und Demokratie, Daten- und Verbraucherschutz nicht unter die Räder kommen. Wir wollen einfach mal anpacken, damit alle Schulen wieder zu Orten werden, an denen unsere Kinder auch gerne lernen“.

Die AG 60 plus und die Bildungsexperten in der SPD möchten Räume schaffen für spannende und konstruktive Diskussionen über die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems.

Gleichzeitig wollen wir alle, die im Bildungssystem lernen, lehren und arbeiten, einladen, mit uns ins Gespräch zu kommen: Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Professorinnen und Professoren sind ebenso willkommen wie Schülerinnen und Schüler, Eltern, Studierende und Auszubildende. Ihre Meinung interessiert uns!

Wir setzen uns für ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem ein. Gleiche Chancen und beste Bildung für alle sind grundlegende Menschenrechte. Bildung gibt jedem Menschen die Freiheit, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten. Zugleich ist beste Bildung für alle, aber auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft und Voraussetzung für zukünftigen Wohlstand in Deutschland und Europa.

Wir fordern:

- Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule,
- umfassendere und bessere Bildung und Betreuung für die Kleinsten,
- bessere individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler und längeres gemeinsames Lernen in einer inklusiven Schule ohne Ausgrenzung,
- neue und bessere Aus- und Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher und Aufwertung des Erzieherberufs,
- gesetzlich garantiertes Recht auf berufliche Ausbildung für alle jungen Menschen,
- demokratische und soziale Hochschulen mit hoher Qualität der Lehre,
- systematische Aufwertung von Fort- und Weiterbildung im Sinne von wirklich lebensbegleitendem Lernen,
- Steigerung der öffentlichen Bildungsausgaben auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts,
- Stärkung der kommunalen Verantwortung für Bildung.



HEINZ PRAGER PARTEI IM WANDEL

Warum gibt es AGs, die AG 60 plus überhaupt? Natürlich um die Interessen bestimmter Mitgliedergruppen zu vertreten. Aber noch wichtiger ist es, dort zu wirken, wo die SPD oft nicht hinkommt, bei Nichtmitgliedern der gleichen Altersgruppe.

Die AG 60 plus darf sich nicht nur mit Renten, Altersarmut, Siechtum beschäftigen, sie muss auf vielen Politikfeldern vieles besser wissen. Auf zielgerichtete Erfahrung kann dabei nicht verzichtet werden. Am besten ist es, wenn sie in der SPD ist, aber auch neben ihr wahrgenommen wird. Programme unterscheiden Parteien, geben Ziel und Richtung vor. Eine oberflächliche Gesellschaft braucht anscheinend keine Inhalte, nur Überschriften. In einer solchen Gesellschaft muss dann auch mal gezielt provoziert werden, um überhaupt wahrgenommen zu werden.

Wahlen werden nicht nur durch Inhalte, sondern auch durch Gefühle entschieden, also Bauch vor Hirn. Nach solchen Niederlagen müssen wir unsere Arbeit, unsere Sprache ändern.

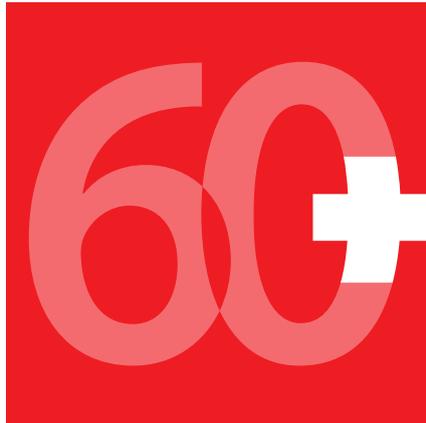
**Wir müssen uns ändern,
die Bevölkerung wird's nicht tun!**



RENATE MERTEN *VORSORGEVOLLMACHT*

Seit vielen Jahren bin ich beim VdK als ehrenamtliches Mitglied tätig. Ich mache Sozialberatung und halte Vorträge über die Vorsorgevollmacht. Die Vorsorgevollmacht ist in der heutigen Zeit eins der wichtigsten Papiere, leider wird sie erst ausgefüllt, wenn etwas passiert ist. Über den VdK versuchen wir auch Armut bzw. Altersarmut zu bekämpfen. Es sind viele kleine Schritte, aber ich hoffe, dass wir doch etwas erreichen.

Das Bundesministerium der Justiz informiert: „Mit der Vorsorgevollmacht können Sie einer anderen Person das Recht einräumen, in Ihrem Namen stellvertretend zu handeln. Die Vorsorgevollmacht kann sich auf die Wahrnehmung bestimmter einzelner oder aber auch aller Angelegenheiten beziehen. Sie können vereinbaren, dass von der Vorsorgevollmacht erst Gebrauch gemacht werden darf, wenn Sie selbst nicht mehr in der Lage sind, über ihre Angelegenheiten zu entscheiden. Die Vorsorgevollmacht gibt Ihnen die Möglichkeit, die Bestellung eines Betreuers oder einer Betreuerin durch das Betreuungsgericht zu vermeiden. Sie sollten aber nur eine Person bevollmächtigen, der Sie uneingeschränkt vertrauen und von der Sie überzeugt sind, dass sie nur in Ihrem Sinne handeln wird.“



FÜHRUNG IM MUSEUM IN NEURIED-ALTENHEIM

Ich wohne in Altenheim im Heimatmuseum, einem alten Fachwerkhäuschen. 1777 erbaut, diente es zeitweise als Rathaus. Es werden der Hanfanbau, Tabakanbau, sowie alte Handwerke und die Tracht vom Ried dargestellt. Wir stellen auch Bilder von August Bohle aus, der aus Emmendingen stammt, aber auch bei uns Bilder gemalt hat. Wir haben auch immer wieder Sonderausstellungen. Ihr seid alle recht herzlich eingeladen.



KONSTANZE WEGNER *GESCHICHTE DER SPD: LICHT UND SCHATTEN*

Dabei geht es darum, den roten Faden der Entwicklung der Partei von den Anfängen bis zur Gegenwart sichtbar zu machen und dabei bleibende Leistungen der Partei ebenso wie ihre Versäumnisse zu verdeutlichen.

Das Thema bietet vielfältige Möglichkeiten zur Diskussion und kann einen Beitrag zur Standortbestimmung der SPD in für die Partei schwierigen Zeiten liefern.

ÜBERLEGUNGEN ZUR AKTUELLEN SITUATION DER SPD

Dabei geht es vor allem um drei Problembereiche: Reform der Willensbildung in der SPD, Rückbesinnung auf die eigentlichen Aufgaben der SPD, Entkrampfung des Verhältnisses zur Linken.

POLITIK FÜR ÄLTERE

Hier geht es um die bislang weitgehend ungenutzten Potenziale der Älteren in Wirtschaft und Gesellschaft sowie um das verzerrte Bild des Alters in den Medien.

DER LANDESVORSTAND DER SPD 60 PLUS BADEN-WÜRTTEMBERG

LANDESVORSITZENDER

LOTHAR BINDING

Gaisbergstr. 68, 69115 Heidelberg

T 06221/20955 p.

F 06221/181846 p.

E lothar.binding@usa.net privat

Bergheimer Str. 88

69115 Heidelberg (Bürgerbüro)

T 06221/182928 d.

F 06221/616040 d.

E lothar.binding@wk.bundestag.de

Platz der Republik 1

11011 Berlin (Berliner Büro)

T 030/22773144 d.

F 030/22776435 d.

E lothar.binding@bundestag.de

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

MARGA ELSER

Götzentelstr. 66

73547 Lorch

T 07172/6472

E marga@elser.de

PETER STEINHILBER

Am Weißenhof 26

70191 Stuttgart

T 0711/2560492

E peter.steinhilber@googlemail.com

LANDESGESCHÄFTSSTELLE

GUDRUN IGEL-MANN

SPD Landesverband

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

T 0711/61936-37

E gudrun.igel-mann@spd.de

BEISITZERINNEN, BEISITZER

SIEGHART BRENNER

Hasensprung 4

74245 Löwenstein-Reisach

T 07130/402408

E sieghart.brenner@t-online.de

WOLFGANG EBSEN

Bondestr. 9/4

71116 Gärtringen

T 07034/20483

E wolfgang.ebsen@gmail.com

ROLAND HELBER

Bühlackerstr. 12

75328 Schömburg

T 07084/7809

E roland.helber@gmx.de

RENATE KNAUSS

Sommerhalde 20

75015 Bretten

T 07252/1893

E renete.knauss@t-online.de

HANS LAMBACHER

Am Silberberg 15

72280 Dornstetten

T 07443/249954

E famhanslambacher@t-online.de

ANGELA MADAUS

Ringstr. 23

72141 Walddorfhäslach

T 07127/924248

E angela.madaus@gmx.de

RENATE MERTEN

Kirchstr. 32

77743 Neuried

T 07807/1692

E renete.merten@gmx.net

HEINRICH PRAGER

Danziger Str. 5

73730 Esslingen

T 0711/311770

E hprager.es@googlemail.com

ROSE RIEDL

Im Großacker 5

79252 Stegen

T 07661/4897

E h.u.r.riedl@t-online.de

HANSJÖRG SEEH

Runzstr. 77

79122 Freiburg

T 0761/555788

F 0761/5009471

E h.seeh@t-online.de

BERND SEVECKE

Walter-Faller-Weg 8

79650 Schopfheim

T 07622/2145

E berndsevecke@aol.com

NORBERT THEOBALD

Mannheimer Str. 9

68723 Schwetzingen

T 06202/9208380

E norbert@theobald-media.de

DER LANDESVORSTAND DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG



VORSITZENDE

LENI BREYMAIER

SPD Landesverband
Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
T 0711 61936-45
F 0711 61936-56
E leni.breymaier@spd.de

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

DR. LARS CASTELLUCCI MDB
FREDERICK BRÜTTING
HILDE MATTHEIS MDB
GABI ROLLAND MDL

GENERALSEKRETÄRIN

LUISA BOOS
SPD Landesverband
Baden-Württemberg
T 0711 61936-39
F 0711 61936-56
E luisa.boos@spd.de

SCHATZMEISTER

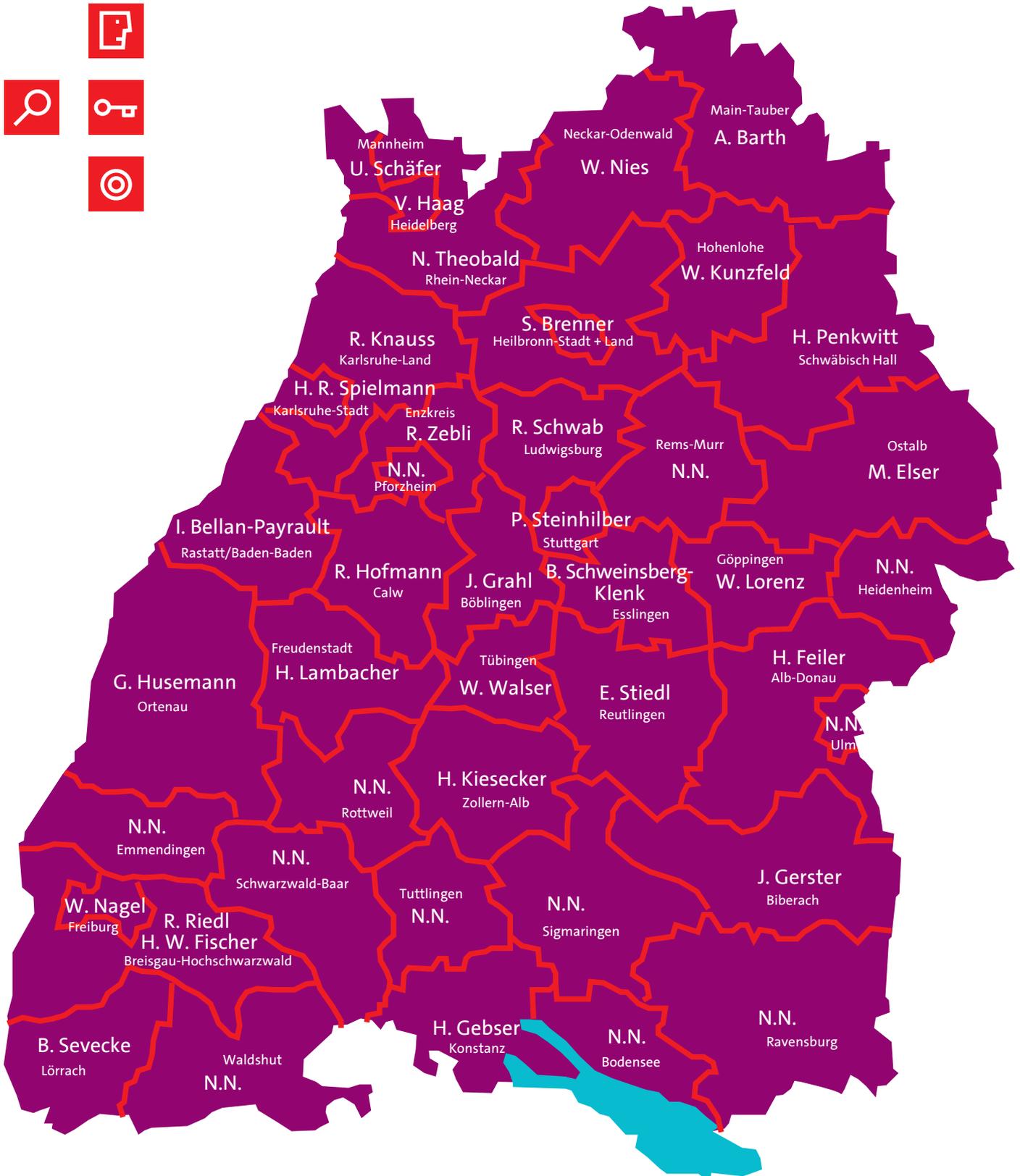
KARL-ULRICH TEMPL

BEISITZERINNEN UND BEISITZER

(in alphabetischer Reihenfolge)

KATRIN ALTPETER
MICHAEL BECK
JULIEN BENDER
LOTHAR BINDING
ISABEL CADEMARTORI
DANIELA HARSCH
MARKUS HERRERA TORREZ
JASMINA HOSTERT
REBECCA HUMMEL
MACIT KARAAHMETOGLU
STELLA KIRGIANE-EFREMIDIS
DOROTHEA KLICHE-BEHNKE
UDO LUTZ
PARSA MAVI
HERMANN-JOSEF PELGRIM
RENÉ REPASI
RITA SCHWARZELÜHR-SUTTER
FABIENNE VESPER
VIVIANA WESCHENMOSER
ROMAN ZITZELSBERGER

ANSPRECHPARTNER UND KREISVORSITZENDE DER SPD 60 PLUS





SPD

Baden-Württemberg



SPD60PLUS-BW.DE